

PETER SCHÄFER

DER PALÄSTINENSISCHE AUFNAHME-ANTRAG AN DIE VEREINTEN NATIONEN

ZWISCHEN GROSSER DIPLOMATIE UND MANGEL AN ALTERNATIVEN

«Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: Sie muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen.» (Goethe)

Am 23. September beantragte der palästinensische Präsident und PLO-Vorsitzende Mahmud Abbas bei den Vereinten Nationen die Vollmitgliedschaft Palästinas. Dieser Schritt erlangte international große Aufmerksamkeit, die israelische Regierung sah gar einen «politischen Tsunami» kommen. Die palästinensische Öffentlichkeit jedoch beachtet den Antrag weit weniger.

Die Umfragen zeichneten ein eindeutiges palästinensisches Stimmungsbild vor dem Gang an die Vereinten Nationen (VN). «Über 80 Prozent der Palästinenser» unterstützten die Beantragung der VN-Vollmitgliedschaft.¹ 50 Prozent gingen demnach zum Umfragezeitpunkt davon aus, dass Palästina im September Staat wird. 68 Prozent rechneten aber auch mit der Einleitung israelischer Strafmaßnahmen, wie zum Beispiel den Überweisungsstopp von Zollgebühren und Mehrwertsteuer (die Israel als Kontrolleur aller palästinensischen Grenzen und des Marktes stellvertretend erhebt), und die Beschleunigung von Siedlungsbau und Abriegelung. Lediglich die Befürchtungen stellten sich als berechtigt heraus. Wenn «50 Prozent aller Palästinenser» – gemeint sind lediglich die in Westbank und Gazastreifen – davon ausgingen, im September einen eigenen Staat zu gründen, hatte dies damals sicherlich mehr mit Hoffnung, als mit Überzeugung zu tun. Der von der politischen Führung seit Anfang der 1990er Jahre forcierte Weg, zu dem sie keine Opposition zuließ, führte ganz offensichtlich in eine Sackgasse. Durch die direkten Verhandlungen mit Israel wurde kein Stück Palästina souverän, sondern Israel konsolidierte sein Besatzungsregime. Und alle Versuche, sich das nicht eingestehen zu müssen, sind wirkungslos verpufft.

«Wir alle wissen, dass dies vielmehr ein «symbolischer» Akt ist, der an der Situation vor Ort nichts ändern wird», fasste der Herbstrundbrief einer Schule in Ramallah die Stimmung zum

VN-Antrag bereits vor dem 23. September zusammen. «Wir sind aber auch überaus erfreut darüber, dass die Mehrheit der Länder der Welt unsere gerechte Sache unterstützt.» Dass Mehrheiten weltpolitisch allerdings keine Rolle spielen, mussten nicht nur die Palästinenser bereits mehrmals erfahren. Auch jetzt kündigten die USA schon im Vorfeld ihr Veto an, sollte es im VN-Sicherheitsrat zur Abstimmung über den palästinensischen Aufnahmeantrag kommen. Die Bundesrepublik Deutschland machte ihre Ablehnung ebenfalls bereits vor dem 23. September öffentlich. «Wenn der Gang an die Vereinten Nationen eines gezeigt hat», so ein Mitglied der unabhängigen palästinensischen Jugendbewegung Herak Shababi, «dann dass der internationale Konsens für die Zwei-Staaten-Lösung ein Mythos war.»

Die politische Führung in Ramallah organisierte öffentliche Aktivitäten vor der VN-Antragseinreichung. Zum public viewing der Live-Übertragung der Präsidentenrede vor den Vereinten Nationen kamen in den Städten der Westbank viele Hundert Menschen zusammen, und es waren nicht nur abgeordnete Fatah-Mitglieder. «Erstaunlich ist jedoch», so der Unternehmer und politische Aktivist Sam Bahour auf einer Veranstaltung zum VN-Antrag am 14. November in Ramallah, «dass die Einbindung der Öffentlichkeit nach dem 23. September auf einen Schlag aufhörte. Als Bürger frage ich mich jetzt, ob ich überhaupt noch eine Rolle spiele.» Sein Einwand brachte auf den Punkt, was viele sagen: Der VN-Antrag war lediglich eine Maßnahme für die internationale Öffentlichkeit. Sie war kein ehrlich gemeinter Versuch zur Wiederbelebung palästinensischer Politik oder eine echte Initiative.

Am 31. Oktober wurde Palästina in die UNESCO aufgenommen, für die palästinensische Führung bereits ein Teilerfolg. Man strebe nun die Anerkennung der religiösen und historischen Stätten in Bethlehem und Jerusalem als Weltkulturerbe an, um sie so vor der israelischen Besatzung zu schützen. Dieser Ansatz wird in Palästina als zu kurzfristig und zu

¹ PCPSR Survey, 21 September 2011, <http://www.pcpsr.org/survey/polls/2011/p41ejoint.html>.

unpolitisch kritisiert. «Warum konzentriert ihr euch nicht auf den Schutz des Jordanflusses beispielsweise», fragte Shwan Jabarin von der Menschenrechtsorganisation Al Haq auf der erwähnten Veranstaltung die Vertreter von der PLO und dem Außenministerium der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). «Das ist unsere Grenze. Sie wird von Israel besetzt gehalten und kontrolliert, und sie hat auch kulturelle und historische Bedeutung.»

WAS KÖNNTE ÜBER DIE VEREINTEN NATIONEN ERREICHT WERDEN?

Die Aufnahme Palästinas als Mitgliedsstaat in die Vereinten Nationen würde die Konstanten des israelisch-palästinensischen Konflikts verändern. Der rechtliche Status von Westbank und Gazastreifen wäre international fixiert, Israel würde dann fremdes, souveränes, staatliches Territorium (Westbank) oder dessen Seegrenzen (Gazastreifen) besetzt halten. Als VN-Mitgliedsstaat hätte Palästina die Möglichkeit, die Vollversammlung darum zu bitten, das Sonderkomitee für Dekolonisierung² mit seiner Angelegenheit zu betrauen.

Die praktische Wirksamkeit solcher Veränderungen darf jedoch derzeit noch bezweifelt werden. Zum einen blockierten die USA im Sicherheitsrat fast alle Entscheidungen, die sich zum Vorteil für Palästina ausgewirkt hätten, zum anderen umfasst die Liste des Sonderkomitees für Dekolonisierung Territorien wie Gibraltar, West-Sahara und die Cayman Inseln, deren Unabhängigkeit in nächster Zeit ebenfalls nicht wahrscheinlich ist.

Staaten werden individuell durch andere Staaten anerkannt. Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen bedeutet nicht dasselbe. Taiwan und Kosovo werden von vielen Staaten anerkannt, sind jedoch keine VN-Mitglieder, schreibt Victor Kattan³ vom Al-Shabaka Netzwerk in seiner Analyse zum palästinensischen VN-Antrag, der Vatikan ist Mitglied, aber kein Staat. Und die Schweiz war lange ein Staat, bevor sie 2002 den Vereinten Nationen beitrug.

Jedoch gehen die Staaten, die eine VN-Mitgliedschaft Palästinas befürworten, eigentlich eine zumindest moralische Verpflichtung zur dementsprechenden Anwendung internationalen Rechts ein. Sprich: Sie müssten die Vereinten Nationen mit der Beendigung der israelischen Besatzung beauftragen, inklusive Blauhelmstationierung zwischen Israelis und Palästinensern. Einige werteten die diplomatischen Vertretungen Palästinas in ihren Ländern bereits auf.

Victor Kattan beschreibt die Vorteile einer palästinensischen VN-Mitgliedschaft am klarsten:

- Das Verhältnis zwischen Israel und Palästina wäre dann das «zwischen Staaten und nicht mehr zwischen einem Staat und einem nicht-staatlichen Akteur. [...] Der Status Palästinas wäre formell anerkannt, ohne dass Palästina zu Konzessionen gezwungen wäre hinsichtlich der Siedlungen, dem Recht auf Rückkehr, Jerusalem etc.
- Palästina könnte über verschiedene internationale Foren juristische Maßnahmen gegen Israel ergreifen. Als Staat könnte Palästina internationale Verträge ratifizieren, einschließlich des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC). Sollte der ICC in diesem Sinne Palästina als Staat aufnehmen, könnte Palästina gegen Israelis, die im Verdacht stehen, Kriegsverbrechen begangen zu haben, Klage einreichen.

- Diskursänderung: Palästina könnte argumentieren, dass die Siedlungen und die anhaltende Besatzung eine Verletzung seiner Souveränität, territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit sind und verlangen, dass sich Israel zurückzieht (ähnlich wie im Falle der irakischen Besetzung von Kuwait 1990 und Südafrika in Namibia für über 40 Jahre). Sollte sich Israel weigern und Palästinenser angreifen, wäre Palästina in der Lage, auf Grundlage seines Rechts auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der VN-Charta zu handeln.
- Sollte sich Israel weiterhin weigern, Siedlungen abzubauen und sich von besetztem Gebiet zurückzuziehen, wäre Palästina in der Lage, den VN-Sicherheitsrat zur Einleitung von Zwangsmaßnahmen anzurufen.
- Sollte Palästina von anderen Staaten als Staat anerkannt werden, würde dies seine Immunität stärken und so vor politisch geleiteten Gerichtsverfahren schützen. Palästinensische Politiker würden diplomatische Immunität genießen und könnten konsularischen Schutz für palästinensische Bürger im Ausland fordern. Dies bezieht sich ebenfalls auf konsularische Unterstützung für palästinensische Gefangene in Israel und anderen Ländern.
- Palästina könnte als Staat einer großen Bandbreite internationaler Organisationen beitreten. Das würde weitere Rechte mit sich bringen, die nur Staaten genießen. Palästina könnte seine Handelsbeziehungen mit anderen Ländern verbessern, zum Beispiel über ein volles Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union.
- Palästinensische Sicherheitskräfte könnten nicht länger als «Terroristen» behandelt werden, sondern müssten Kriegsgefangenenstatus erhalten, sollten sie im Rahmen eines bewaffneten Konflikts in Gefangenschaft geraten. Israel könnte sie nicht wegen Mordes vor Gericht stellen, sollten sie Angehörige der israelischen Streitkräfte unter legitimen Umständen getötet haben.

Kattan wendet sich auch an diejenigen, die den VN-Antrag ablehnen aufgrund der Befürchtung, dies könnte der Idee eines bi-nationalen Staats oder der Ein-Staaten-Lösung zuwiderlaufen. Er argumentiert, dass sich ein Staat jederzeit mit einem anderen zusammenschließen kann. Diese Möglichkeit könne in der palästinensischen Verfassung festgeschrieben werden und er verweist hier auf das Good Friday Agreement in Nordirland, das eine Wiedervereinigung mit Irland vorsieht, sollten sich die Bevölkerungen in beiden Teilen mehrheitlich dafür aussprechen.

LETZTER AUSWEG: VEREINTE NATIONEN?

Und wenn Palästina die Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen nicht erhält? «Wenn wir es nicht schaffen», so Saeb Erekat, Verhandlungsleiter der PLO, «dann können wir es wieder und wieder und wieder versuchen.» Kritiker sagen, dass der palästinensischen Führung angesichts mangelnder Alternativen auch gar nichts anderes übrig bleibe.

Der Punkt ist, im September 2011 musste etwas passieren. Die palästinensische Führung war im Zugzwang. Angesichts der mangelnden Zielführung bilateraler palästinensischer Ver-

² The United Nations and Decolonization: <http://www.un.org/en/decolonization/index.shtml>. ³ Kattan, Victor: A State of Palestine: The Case for UN Recognition and Membership. Al Shabaka Policy Brief, 27 May 2011, <http://al-shabaka.org/policy-brief/politics/state-palestine-case-un-recognition-and-membership>.

handlungen mit Israel entwickelte die Führung unter Ministerpräsident Salam Fayyad 2009 einen Plan – «Die Besatzung beenden, den Staat errichten» – für «institutionelle Reform». ⁴ Im September 2011 sollten die Palästinenser demnach bereit zur Gründung eines von der internationalen Gemeinschaft anzuerkennenden Staates sein. 2011 «wird die Gemeinschaft der Nationen die Geburt eines palästinensischen Staats als Tag der Freude feiern», so Fayyad im April 2010. ⁵

Der Plan beruhte auf dem auf drei Jahre angelegten Reform and Development Plan ⁶ Fayyads von 2008, der bereits klare Prioritäten setzte: 257 Millionen US-Dollar für den Sicherheitssektor, 66 für die Landwirtschaft, beispielsweise. Der Sicherheitssektor funktioniert heute hervorragend, unterstützt von USA und EU. Als oppositionell erkannte Ansätze werden effektiv und mit Gewalt bekämpft, von der Hamas-Zelle über Solidaritätsbekundungen mit dem Arabischen Frühling bis hin zu als Sicherheitsrisiko eingestuften zivilgesellschaftlichen Diskussionstreffen. Die palästinensische Landwirtschaft ist noch lange nicht so schlagkräftig.

Am 18. September 2011 präsentierte die Regierung die Erfolge des Staatsbildungsplans vor den versammelten Geberorganisationen in New York, ⁷ die den Plan unterstützten und die Umsetzung finanzierten. In diesem Zusammenhang erklärte auch der deutsche Außenminister, Guido Westerwelle, noch im Juni 2011, dass die Zwei-Staaten-Lösung die beste Garantie für alle Seiten sei, um in Frieden und Sicherheit zu leben. Daher diskutiere man das nicht nur in der Theorie, sondern es ginge um praktische Schritte, wie das palästinensische Volk beim Aufbau eines Staates unterstützt werden könne. ⁸ Die deutschen und palästinensischen Regierungen vereinbarten gar einen Lenkungsausschuss, die verstärkte Zusammenarbeit verschiedener Ministerien: «Kein anderes Land hat mit den Palästinensern ein vergleichbares Forum», so das Auswärtige Amt stolz. ⁹

Zur Erinnerung: Die deutsche Regierung kündigte bereits vor der Abstimmung über den palästinensischen Aufnahmeantrag in die Vereinten Nationen an, dagegen stimmen zu wollen. «Deutsches Ziel ist es in dieser Frage, Wege zu finden, wie mögliche negative Auswirkungen einer Befassung der Vereinten Nationen [mit dem Antrag] auf den Nahost-Friedensprozess und auf die Lage vor Ort vermieden werden können», so das Auswärtige Amt am 20. September 2011. ¹⁰ «Bei seinen Gesprächen in New York warb Außenminister Westerwelle dafür, in den kommenden Tagen noch einmal intensive diplomatische Anstrengungen zu unternehmen, damit die Wiederaufnahme von Verhandlungen nicht zusätzlich erschwert und eine Eskalation in der Region vermieden wird.» Nun haben es die Palästinenser zwar geschafft, die lange schon instabile Glaubwürdigkeit der USA als «ehrlicher Vermittler» im Friedensprozess weiter zu unterminieren. Die Vorteile dessen zeigen sich allerdings noch nicht.

In Palästina selbst jedoch sind die drei gegenwärtigen Pfeiler palästinensischer Innenpolitik – Unterdrückung der Opposition, bei westlichen Gebern auf Anklang stoßende Regierungsführung und ökonomische Anreize – heute unglaubwürdiger denn je. Den letzten Schock verursachte die Magisterarbeit eines Studenten an der Al Quds Universität in Ost-Jerusalem. ¹¹ Issa Smeirat zeigte, dass das palästinensische Kapital die Landesflucht vorzieht. Er fand heraus, dass Palästinenser doppelt soviel in Israel investieren, wie in der Westbank. Nach seinen Angaben hätten mit diesen

2,5 Milliarden US-Dollar 213.000 Arbeitsstellen geschaffen werden können. Die sowieso nicht greifenden ausländisch-finanzierten Wirtschaftsförderungsprogramme wären damit nicht notwendig gewesen. Dazu muss jedoch auch gesagt werden, dass das Investitionsklima in Palästina nicht nur aufgrund der entsprechenden Gesetzgebung ungünstig ist. Niemand ist angesichts der israelischen Besatzung und ihrer Folgen bereit, Privatkapital einzusetzen. Das Geld wäre schlicht verloren. Die Weltbank argumentiert in ihren Berichten regelmäßig, dass unter den Bedingungen der internen und externen Abriegelung eine Wirtschaftsentwicklung nicht möglich ist. Das stört die Weltbank selbst und viele andere Geber, darunter Deutschland, jedoch nicht. Die Programme laufen ungebremst weiter und werben mit den Zuwachszahlen einer künstlich am Leben gehaltenen Ökonomie.

Die Aufregung in den palästinensischen Gebieten ist jetzt groß, nicht nur wegen des unpatriotischen Verhaltens des palästinensischen Kapitals, sondern auch wegen der Politik der PA-Führung, die einerseits den Verkauf von Produkten aus israelischen Siedlungen in der Westbank in palästinensischen Supermärkten bekämpft, andererseits aber nichts gegen palästinensische Investitionen in Israel und den besetzten Gebieten unternimmt.

DIE PALÄSTINENSISCHE STRATEGIE-DISKUSSION

Die Frage, die sich die Palästinenser nun stellen ist: Wie geht es weiter, wenn wir nicht in die Vereinten Nationen aufgenommen werden und auch andere Anstrengungen zum Aufbau internationalen Drucks auf Israel, die Besatzung zu beenden, nicht fruchten?

Die Palästinensische Strategiegruppe, ein loser Zusammenhang von 55 Politikern, NGO-Vertretern und Geschäftsleuten benennt die Auflösung der PA als einzigen «Plan B». ¹² Dies würde Israel wieder zum direkten Verantwortlichen für die Verwaltung der besetzten Gebiete machen. In der Folge ginge es um den Kampf um Gleichheit aller Bewohner des Gebiets zwischen Mittelmeer und Jordan-Fluss. «Das Leid der Palästinenser würde damit andauern», so die Strategiegruppe, «aber andere würden unter der regionalen Radikalisierung und Instabilität als direkte Konsequenz ebenfalls leiden müssen.» Vor der Auflösung der PA sollen jedoch zunächst noch andere Schritte unternommen werden, so die Erneuerung

⁴ Palestinian National Authority: Ending the Occupation, Establishing the State, Program of the Thirteenth Government, August 2009, http://www.mop-gov.ps/web_files/issues_file/090825%20Ending%20Occupation,%20Establishing%20the%20State%20-%20Program%20of%20the%2013%20government.pdf. ⁵ Haaretz: Palestinian PM to Haaretz: We will have a state next year, 2 April 2010, <http://www.haaretz.com/print-edition/news/palestinian-pm-to-haaretz-we-will-have-a-state-next-year-1.283802>. ⁶ Palestinian National Authority: Palestinian Reform and Development Plan, http://www.mop-gov.ps/web_files/issues_file/PRDP-en.pdf. ⁷ Palestinian National Authority: Building the State of Palestine. A Success Story, Report of the Palestinian National Authority to the Ad Hoc Liaison Committee, http://mopad.pna.ps/web_files/publishing_file/PNA%20report%20to%20the%20AHL%20Sep%202011-%20Building%20the%20State%20of%20Palestine-A%20Success%20Story.pdf. ⁸ Auswärtiges Amt, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/BM-Reisen/2011/06-Bengasi-PAL-ISR/110614_Pal_Isr_node.html. ⁹ Auswärtiges Amt: «Zukunft für Palästina» – Deutschland unterstützt palästinensischen Staatsaufbau, 18. Mai 2010, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/NaherMittlererOsten/Israel/PalaestinensischeGebiete/ZukunftPalastina/100518-Lenkungsausschuss.html?nn=386458>. ¹⁰ Auswärtiges Amt: Nahost im Fokus der Generalversammlung, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/BM-Reisen/2011/09-VNGV-NewYork/110916-Ankuendigung-VNGV-node.html>. ¹¹ Hass, Amira: Study: Palestinians invest twice as much in Israel as they do in the West Bank, Haaretz, 22. November 2011, <http://www.haaretz.com/print-edition/features/study-palestinians-invest-twice-as-much-in-israel-as-they-do-in-west-bank-1.396979>. ¹² Palestine Strategy Group: Towards new strategies for Palestinian national liberation, August 2011, http://www.palestinestrategygroup.ps/Towards_New_Strategies_For_Palestinian_National_Liberation_FINAL_8-2011_%28English%29.pdf.

des politischen Systems, Anstrengungen für größere internationale Unterstützung, intelligenter Widerstand und groß angelegte PR-Maßnahmen.

Die Gruppe ist sich darüber bewusst, dass dies auszusprechen noch keine ausgefeilte, umsetzbare Strategie – und damit auch keine echte Drohung –, sondern lediglich mögliche Szenarien darstellt. Angesichts der hochkarätigen Besetzung¹³ mit Präsident Abbas nahe stehenden Fatah-Kadern, hochrangigen Hamas-Politikern und den Generalsekretären der linken Bewegungen klingt die Ankündigung, «eine neue palästinensische nationale Befreiungsstrategie» vollständig entwickeln zu wollen, auch eher zahm. Wenn dies tatsächlich als so wichtig eingeschätzt werden würde, wäre die Umsetzung unproblematisch, säßen in der Gruppe die Macher doch bereits zusammen. Außerdem forderten verschiedene hochrangige Akteure die Ausarbeitung von Alternativen zum Oslo-Prozess bereits, als das Friedensabkommen von 1993 mit Israel noch nicht einmal unterzeichnet war. Passiert ist in dieser Hinsicht jedoch wenig. Und angesichts der Unterdrückung der Opposition zum Oslo-Prozess durch palästinensische Sicherheitskräfte in der Westbank ist auch derzeit nicht mit Handfestem zu rechnen.

Eine Initiative, die nicht aus den etablierten Bewegungen kommt, könnte das jedoch ändern: Die Wählerregistrierung für eine Direktwahl des Palästinensischen Nationalrats, des «PLO-Parlaments». Dahinter stecken verschiedene Individuen, die nicht anonym bleiben, aber als Personen auch nicht nach vorne treten wollen. Man wolle «keine weitere, von persönlicher Profilierungssucht getriebene NGO» schaffen, so eine Organisatorin gegenüber der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es handelt sich also um eine schlichte Internetseite, <http://palestiniansregister.org>, und das Potenzial der Mitar-

beit durch Exilpalästinenser.¹⁴ Diese ist schätzungsweise riesig, angesichts ihres politischen Ausschlusses in den letzten zwanzig Jahren. Das große Interesse der jeweiligen Organisationen im arabischen Umland, in Europa und den USA sei vielversprechend, heißt es. Die palästinensischen Führungen begrüßen das Vorhaben. Alles andere wäre auch unpopulär. Ob sie die Kampagne jedoch tatkräftig unterstützen, wird von ihrem Erfolg abhängen.

Zu hoffen ist nur, dass jedes kommende politische System weniger hierarchisch funktioniert und die teils seit Jahrzehnten an ihren Machtpositionen festhaltenden Führungspersonen zum Rücktritt bereit sind. Ansonsten wird die von der Strategieguppe geforderte «lebhaftige Kampagne zur Nutzung der enormen Energie der Jugend» sicherlich so nicht funktionieren.

Die Grundlage für jedes vereinigte Vorgehen ist jedoch die Aussöhnung zwischen allen politischen Bewegungen, vor allem zwischen Fatah und Hamas. Derzeit reden die Kontrahenten wieder miteinander, es sind gar Parlamentswahlen in Westbank und Gazastreifen für den 4. Mai 2012 angesetzt. Angesichts dessen, dass Israel einen Hamas-Wahlkampf sicherlich verhindern wird und angesichts dessen, dass sich die Hamas nach den ersten Siegen der Muslimbrüder in den ägyptischen Parlamentswahlen sicherlich noch andere Optionen offenhalten möchte, wird aber auch dieses Datum sehr wahrscheinlich wieder ohne Urnengang verstreichen.

Peter Schäfer, Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ramallah

¹³ Teilnehmerliste: http://www.palestinestrategygroup.ps/PSG_List_of_Participants_2011_%28English%29.pdf. ¹⁴ Es handelt sich um die Registrierung der Wähler außerhalb von Westbank und Gazastreifen, da diese bereits erfasst sind.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)
Erscheinungsdatum STANDPUNKTE international 16/2011:
Dezember 2011